№ 70. Inowraclaw, Mittwoch, den 5. September 1866.

Kujawisches Wochenblatt.

Organ für die Kreise Inowraclaw, Mogilno und Gnesen.

Erscheint Montags und Donnerstags. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Hiesige 11 Sgr. durch alle Kgl. Postanstalten 12½ Sgr.

Fünfter Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Engel in Inowraclaw.

Insertionsgebühren für die dreigespaltene Korpuszeile oder deren Raum 1¼ Sgr.
Expedition: Geschäftslokal Friedrichsstraße Nr. 7.

Vom Landtage.

Abgeordnetenhaus. [11. Sitzung vom 1. September.] (Schluß.) Abg. Dr. Michaelis (für den Commissionsantrag): Es ist mir peinlich, heute das Wort nehmen zu müssen in der Bekämpfung eines Theiles meiner politischen Freunde. Aber wenn wir uns gegenwärtig halten, daß wir einig sind in dem Ziele der Größe unseres Vaterlandes, und daß nur über die Wege zu demselben verschiedene Meinungen vorwalten können, so wird daraus Keiner den Anlaß zur Verketzerung des Anderen entnehmen. Dann aber wende ich mich an die Herren auf jener Seite des Hauses (der Rechten) und rufe Ihnen zu: Wenn wir auf die unmittelbare Erfüllung unserer Forderungen verzichten, wenn wir den prinzipiellen Streit für jetzt zu vertagen geneigt sind, so haben wir auch von Ihnen zu erwarten, daß Sie im Interesse des Friedens, im Interesse des Vaterlandes von den Doctrinen ablassen, in welche Sie im Verlaufe eines scharfen Parteikampfes sich vertieft haben. Wir müssen erwarten und verlangen, daß die Prinzipien der inneren Staatsverwaltung aufgegeben werden, mit welchen Preußen auf die Dauer nimmermehr die ihm zugefallenen großen Aufgaben erfüllen kann. Meine Herren, meine Freunde und ich sind, indem wir für den Commissionsvorschlag zu stimmen uns entschlossen, von der Erwägung ausgegangen, daß eine verfassungsmäßige Regierung sich nicht so rasch durchkämpft, wie eine Verfassung, daß der Conflikt ausgebrochen ist unter ganz anderen Verhältnissen, als augenblicklich vorwalten, und daß eine Fortsetzung des Kampfes auf den alten Grundlagen unmöglich ist. Wir sind durchdrungen von der Ueberzeugung, daß wir Preußen und Deutschland am besten dienen, daß wir die verfassungsmäßigen Rechte unseres Volkes am besten wahren, wenn wir activ theilnehmen an dem staatlichen Leben. Meine Herren, nicht das Vertrauen auf die Staatsregierung hat uns geleitet, sondern das Vertrauen auf uns selbst, auf dieses Haus, auf das preußische Volk, auf die Unveräußerlichkeit unserer Rechte. Brechen wir den unseligen Streit in diesem Augenblick ab; wenn wir dieses nicht thun, meine Herren, so wird er verewigt, verewigt durch unsere Schuld! (Mehrseitiges Bravo.)

Abg. Wagener-Neustettin (für den Commissionsantrag): Meine Herren! Ich constatire mit patriotischem Schmerze, daß selbst die neuesten Ereignisse, die Erfolge, die alles Erwarten und alles Hoffen überstiegen haben, nicht im Stande gewesen sind, die Gegner unserer Regierung dahin zu bringen, daß sie endlich den Männern, deren Energie sie diese Erfolge verdanken, ohne Klausel und Vorbehalt den Dank auszusprechen, im Stande sind. (Bravo rechts.) Es ist das ein Schaden für sie selbst, und ich constatire, daß nur diejenigen von den früheren oder bisherigen Parteigenossen die Situation richtig zu würdigen verstehen, welche die ideale Rolle des politischen Menschen aufgehoben, um sich praktisch an den Aufgaben der preußischen Monarchie in diesem weltgeschichtlichen Augenblicke betheiligen zu können. (Bravo.) Hat der Abgeordnete für Mannsfeld noch nicht erblickt, daß heute der immergrüne Lorbeer dort ist, wo er noch vor vier Monaten das Kainszeichen suchte. (Bravo rechts.) Wenn Sie solche Thatsachen, wie wir sie erlebt haben, ignoriren wollen, so können Sie nicht den Anspruch erheben, praktische Staatsmänner zu sein. Meine Herren! Wir haben bei Gelegenheit der Adreßberathung gezeigt, daß es uns um eine aufrichtige Verständigung, um einen Abschluß des Konflikts zu thun ist, der das politische Leben unseres Staates in der Schwebe hält. Wir sind entgegengekommen, soweit es möglich war, und wir werden auch heute Ihnen wiederum den Beweis liefern, daß wir unsere Versöhnung dadurch bekräftigen wollen, indem wir es vermeiden, alle Phasen des Streites wieder hervorzuführen. Wir halten einfach den Grundsatz fest, daß bei Gegensätzen überhaupt eine Versöhnung unmöglich ist, und ich glaube deshalb, daß eine Versöhnung nur auf den Boden der Thatsachen, die uns aufgedrungen und aufgezwungen sind, durch die Ereignisse der Weltgeschichte selbst, zu finden ist. Man hat gesagt, daß die rechte Seite des Hauses wenig Sinn für weltgeschichtliche Aufgaben habe. Ich denke, was seit den letzten drei Monaten geschehen ist, ist von großer weltgeschichtlicher Bedeutung und weil die Herren das fühlen, daß es auf die Weltgeschichte einwirkt, scheint es, daß sie deshalb wenig davon wissen wollen. Meine Herren, wer hat denn diese neue Weltgeschichte gemacht? Haben Sie dieselbe gemacht? (Unruhe.) Haben Sie die kriegerische Begeisterung etwa durch den Budgetstreit ins Leben gerufen oder den Krieg durch Ihre Friedensadressen erleichtert? Warum also den Vorwurf gegen uns, daß wir keine neue Weltgeschichte machen wollen? Wir fordern Sie deshalb auf, sich mit uns auszugleichen, sich mit uns zu stellen auf den Boden der geschichtlichen Thatsachen, weil wir gemeinschaftlich preußische Geschichte machen wollen, um in Preußen die politische Reserve der Armee zu bilden, deren mit Blut geschriebene Adressen das Haus nicht ungestraft wird übersehen und vernachlässigen dürfen. (Bravo!) Der Redner vor mir hat gesagt, daß es leider nicht gethan sei mit den Eindrücken; aber bei aller Ausführlichkeit und Weitschweifigkeit dessen, was wir gehört haben, haben sie die einzig wichtige Frage nicht aufgeworfen und nicht beantworten, nämlich die Frage: was denn aus uns werden wird, wenn die Indemnität verworfen wird. Mir scheint das eine sehr wichtige Frage zu sein, und ich möchte wünschen, daß wir Alle uns auch die Consequenzen dieses Nein klar machen. Hier handelt es sich ferner nicht um ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz, sondern um Beseitigung des Conflikts. Verweigern wir die Indemnität, so gerathen wir in einen viel schwereren Conflikt, dessen Ende ich nicht abzusehen vermag. Die Regierung bietet nicht aus Schwäche die Hand zur Versöhnung, die wir nicht ausschlagen dürfen. Wir werden für das Gesetz stimmen, aber wir acceptiren nicht die Motive zu dem Entwurfe.

Abg. Harkort will die Indemnität nur unter gewissen Bedingungen ertheilen.

Abg. Löwe befürwortet die Indemnitätsertheilung. Der Vorredner hat die Indemnität auf das ganze Regierungssystem ausgedehnt, während wir es nur mit der Indemnität für gemachte Ausgaben zu thun haben. Das ist der ganze Unterschied, warum er gegen die Indemnität stimmt, wie wir es für möglich halten, für dieselbe uns auszusprechen. Ich sage: möglich; ob zweckmäßig, das ist eine andere Frage. Ich sage mir vor Allem, daß durch die Forderung der Indemnität der Rechtsboden wieder hergestellt ist, auf dem es allein möglich ist, Finanzfragen zu behandeln. Ist es unzweckmäßig, von dem wieder hergestellten Rechte Gebrauch zu machen? Die Ausführungen des Abgeordneten für Mannsfeld waren interessant, belehrend und bestechend, aber — wir leben eben nicht in Amerika. Wir können nicht sagen, wir warten unsere Sache ab. Wir haben Nachbarn, die uns das Warten unmöglich machen. Ich mache von dem Rechte Gebrauch wegen unserer allgemeinen politischen Lage. Die Armeefrage ist und bleibt eine zu schlichtende Frage. Den neuen Staat können wir nur bilden, wenn wir das System der preußischen Armee durchführen. Harkort hat vollkommen Recht und ich muß gegen Herrn von Vincke von heute dagegen protestiren, daß die Thaten unserer Landwehr ein Vertrauensvotum für dieses Ministerium sind. Sie erniedrigen vollkommen unser Volk, und daß die Armee trotz dieses Ministeriums das Alles geleistet hat, das ist der höchste Ruhm, den diese heldenmüthige Armee erworben.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldiskussion ist von dem Abg. Prinz-Hohenlohe eingegangen; er wird abgelehnt, ebenso auch ein Antrag auf Vertagung.

Der nächste Redner ist der Abgeordn. Dr. Virchow; er spricht gegen den Antrag der Commission. Das Gesuch der Staatsregierung nach Indemnität geht nicht aus einem inneren, sondern aus einem äußeren Bedürfniß der Regierung hervor. Ich bin dafür, der Regierung den Credit von 154 Millionen zu bewilligen, aber nicht dafür auch die Indemnität zu ertheilen. Der Schluß des Conflikts liegt nach meiner Ansicht nicht in der Genehmigung des Indemnitätsgesetzes, sondern in der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes, d. h. des verfassungsmäßigen Zustandekommens des Budgets. Ich erkenne vollständig an, daß die Regierung einen nicht unerheblichen Schritt für das verfassungsmäßige Zustandekommen des Budgets gethan hat, allein damit ist noch nicht zur Genüge gethan, um den budgetlosen Zustand zu beseitigen. Die Regierung hat sich auf den Standpunkt der vollendeten Thatsachen gestellt und hofft auf diese Weise bequem über alle bestehenden Schwierigkeiten hinwegzukommen. Wir sind im Begriffe, einen großen Theil unserer Wünsche,

unserer Hoffnungen auf dem Altar des Vaterlandes niederzulegen; das thun wir, um an der Versöhnung mitzuarbeiten. Was erreichen wir dann mit dem Ertheilen der Indemnität? Wir klagen sie ja gar nicht an und können sie auch nicht anklagen, selbst wenn ein Anklage-Gesetz bestände. Die Minister wollen aber nur rein vor dem Auslande dastehen. Theoretisch mag unser Standpunkt für heute sein, aber einmal kann doch die Möglichkeit einer Anklage eintreten und da wird es sich um Anderes handeln, als um Theorie. Der uns gemachte Vorwurf, wir wollten in der Negative verharren, ist so ungerecht wie kein anderer. Wir haben uns stets bemüht, positiv aufzutreten.

Der Ministerpräsident Graf Bismarck. Die Regierung hat die Hand zum Frieden geboten, sie wünscht aufrichtig den Frieden, sie wird sich also jeden Eingehens auf eine retrospective Kritik, sei es abwehrend, sei es angreifend, enthalten. Wir haben seit Jahren mit mehr oder weniger Bitterkeit oder Wohlwollen gekämpft, ohne daß Einer den Andern überzeugt hatte; es glaubte ein jeder, Recht zu handeln, wenn er so handelte, wie er that. Es wäre ja niemals ein Friedensschluß bei auswärtigen Verwickelungen möglich, wenn man darauf warten wollte, bis eine Anerkennung begangenen Unrechts erfolgte. Die Regierung wünscht den Frieden nicht etwa, weil sie kampfunfähig ist, im Gegentheil, die Fluth ging mehr zu unseren Gunsten als vor Jahren; sie wünscht den Frieden, nicht um etwaigen künftigen Anklagen zu entgehen; sie glaubt nicht an eine Anklage und glaubt nicht, daß wenn sie angeklagt wäre, eine Verurtheilung erfolgen würde. Es sind der Regierung schon gar viele Vorwürfe gemacht worden, der wegen Furchtsamkeit wäre neu. Wir wünschen den Frieden um des Vaterlandes willen, das ihn mehr bedarf als früher; wir bieten jetzt die Hand dazu, weil wir den gegenwärtigen Moment günstig erachten. Wir hätten es früher gethan, wenn dieser günstige Moment schon früher eingetreten wäre. Sie werden erkannt haben, daß die Regierung den Aufgaben, die sie anstreben, nicht so fern steht, als es hie und da angenommen wird; als auch Sie vor Jahren gedacht haben; nicht so fern steht, wie das Schweigen der Regierung über Manches, was verschwiegen werden mußte, Sie zu glauben berechtigen konnte; sie bietet die Hand, indem sie den Antrag der Commission annimmt, weil sie darin eine Bürgschaft dafür findet, daß die gemeinsamen Aufgaben auch in Gemeinschaft mit Ihnen gelöst werden. Diese Aufgaben erstrecken sich auch auf die Herstellung besserer Zustände der inneren Verwaltung und regelmäßiger Verfassungszustände, an welche die Regierung aber nicht gehen kann, wenn sie nicht der Gemeinschaft mit Ihnen versichert ist. Wir müssen auf beiden Seiten erkennen, daß wir demselben Vaterlande mit demselben guten Willen dienen, ohne an der Aufrichtigkeit des Andern zu zweifeln.

Meine Herren! Die Aufgaben in der auswärtigen Politik sind ungelöst; die glänzenden Erfolge der Armee haben nur unseren Einsatz im Spiel gewissermaßen erhöht. wir haben mehr zu verlieren, als vorher, doch gewonnen ist das Spiel noch nicht; aber je fester wir im Innern zusammenhalten, desto sicherer sind wir, es zu gewinnen.

Meine Herren! Man sagt sonst: was das Schwert gewonnen, hat die Feder verspielt. Ich wünsche, daß man nicht sagen möge: „was Schwert und Feder gewonnen, hat die Tribüne verspielt." (Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird erneut, obgleich mit nur geringer Majorität abgelehnt, ein Antrag auf Vertagung der Debatte angenommen, und es erhalten das Wort zu persönlichen Bemerkungen: Abg. Rohden, Dr. Jacoby, v. Vincke (Olbendorf), Michelis, Wagener. Schluß 3 Uhr.

[12. Sitzung vom 3. September]. Eröffnung: 10¼ Uhr. Am Ministertische: v. der Heydt, v. Selchow und einige Regierungs-Commissare.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen publizirte der Präsident das Resultat der heute vorgenommenen Wahl der Commission für das Pensionsgesetz.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Auf derselben steht die Fortsetzung der Berathung über die Indemnitäts-Vorlage.

Der erste Redner ist der Abg. Aschenbach. Derselbe erklärt, daß er mit den Ausführungen des Abg. Michaelis übereinstimme. Sei jeder Factor der Gesetzgebung sich seiner schweren Pflichten bewußt, so werde das allgemeine Vertrauen sehr erheblich gestärkt. Die Gegner der Vorlage mögen mit ihm den frohen frischen Weg des Fortschritts wandeln (Heiterkeit). Es wehe gegenwärtig ein frischer Wind durch die Welt! (Heiterkeit.) Wollen Sie (zur Linken) im Hintergrunde bleiben, und nicht Theil nehmen an den Werken, welche die Nation gegenwärtig schafft? Freilich die großen Ereignisse sind wider ihren Willen geschehen; Sie haben sich als Eckstein geglaubt, und sind von der Nation bereits verworfen (Bravo!). Das ist allerdings keine angenehme Situation.

Abg. v. Hoverbeck: Er erkenne die jüngsten großen Erfolge unserer Armee gewiß an, aber er sei entfernt von einer Machtanbetung, welche über die äußern Erfolge, die inneren Freiheiten opfert. Preußen wäre verloren, wenn es lange auf einem solchen Wege wandle. (Bravo!) Der Ton der Rede des Herrn Ministerpräsidenten sei ein versöhnlicher gewesen; auch er wolle versuchen, so versöhnlich als möglich zu sprechen. Der Ministerpräsident habe von einem Friedensschluß gesprochen; darum handle es sich aber nicht. Es werde vielmehr gefordert, eine Befreiung von der Verantwortlichkeit, von der Strafbarkeit für Verletzungen der Verfassung. Der Ministerpräsident habe gesagt, er glaube nicht, daß bei einer Anklage das Ministerium verurtheilt werden würde. Das sei allerdings richtig, denn die Stellen beim Obertribunal würden von einem der Angeklagten besetzt und wenn dies nicht ausreichen sollte, so gebe es auch noch zuverlässige Hülfsarbeiter. (Zustimmung links. Oh! Oh! Pfui! Rechts.) Der Ministerpräsident habe gesagt: Mangel an Muth habe ihm noch Niemand vorgeworfen. Mangel an persönlichem Muth gewiß nicht, aber es gebe noch einen andern Muth, welcher dem Volke alle Rechte und Freiheiten willig gebe, und dann von diesem Volke im Innern, wie nach Außen unterstützt werde. Diesen Muth vermisse er. Das, was Schwert und Feder vorübergehend errungen, das wolle er zu einer dauernden Errungenschaft machen, dadurch, daß dem Volke die volle Freiheit und das volle Recht gewährt werde. (Bravo.)

Abg. Lasker: Die Regierung solle gegenwärtig um deshalb von den Folgen des budgetlosen Zustandes befreit werden, weil sie eingestehe, sie könne mit der Lückentheorie nicht auskommen. Es gebe drei Wege, dem Zustande abzuhelfen: die Strafe, die Gnade und das Gesetz. Den ersten Weg wolle das Haus nicht, den zweiten könne es nicht gehen, den dritten wolle er beschreiten, weil das Rechtsgefühl des Volkes befriedigt sei. Der Kampf beruhte bisher darauf, daß man der Ansicht war, das Volk könne die Lasten nicht tragen, welche der Militair-Etat fordere, doch die Gegenwart zwinge ihn zu gestehen, daß für ihn 30—50 Millionen keine Rolle gespielt hätten, wenn er geahnt, daß die Sache so noch zur Entscheidung kommen würde. Nur durch die Einigkeit könne man zur Freiheit gelangen. Gewähren Sie die Indemnität, so schließt der Redner, damit auf uns nicht das Epigramm Anwendung findet: Einen großen Moment hat das Jahrhundert geboren, aber der große Moment fand nur ein kleines Geschlecht.

Abg. Schulz (Berlin) spricht gegen die Indemnität.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Wenn die Regierung um Indemnität bittet, so ist sie durchdrungen von dem Wunsche nach Entlastung von einer Verantwortlichkeit und von dem Wunsche nach Friedensschluß. Was den ersten Punkt anbetrifft, so kann ich mir wohl erlauben, daran zu erinnern, daß ich vielleicht vor einem Jahre geäußert habe: machen Sie die Militairorganisation nicht zu dem Punkte, an dem Sie Ihr Budgetrecht probiren wollen, und Sie werden sehen, daß wir nicht so sehr weit auseinander gehen. — Wir sind uns bewußt gewesen, daß wir eine Formverletzung begangen haben, für welche wir Indemnität verlangen; wir hätten dies schon früher gethan, wenn wir hätten hoffen können, dieselbe zu erlangen. — Wir wollen keinen Waffenstillstand. Die Zusicherung, die der Herr Ministerpräsident und ich Ihnen ertheilt, es sollen die Präliminarien für einen dauernden Frieden sein.

Ein Antrag auf Schluß der Discussion wird abgelehnt, und es spricht demnächst noch der Herr Abgeordnete v. Vinke (Hagen.) Derselbe weist zunächst dem Abgeordneten Schulze (Berlin) die Widersprüche aus seiner heutigen Rede mit dem Programm der Fortschrittspartei nach.

Die Diskussion ward geschlossen.

Bei der Abstimmung wurde vom Commissionsentwurf Artikel 1 mit großer Majorität, Artikel 2 mit 230 gegen 75, Artikel 3 und 4 mit großer Majorität angenommen. Ebenso wurde das ganze Gesetz angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Deutschland.

Berlin. Der Bruch zwischen dem Ministerium Bismarck und der Kreuzzeitungs-Partei wird jetzt noch nach Möglichkeit bemäntelt, allein er ist unläugbar vollzogen. Er giebt sich zu erkennen in der Bitterkeit, mit der die „Kreuzzeitung" das Königreich Italien angreift, mit welchem das Ministerium Bismarck ein Bündniß suchte. Er giebt sich zu erkennen in der Gehässigkeit, mit welcher die Preußen freundlich gesinnten Männer in Sachsen, Hessen u. s. w. ob ihres Abfalles von den angestammten Fürsten in diesem Blatte angegriffen werden. Je entschiedener der Gegensatz zwischen den Bestrebungen Bismarck's und denen jener Partei hervortritt, desto vortheilhafter ist es für den Staat. Aus den Trümmern der alten Parteien wird eine neue konservative und eine neue liberale Partei hervorgehen. Der Gegensatz von konservativ und liberal soll und wird sich nicht verwischen, aber beide Parteien werden sich auf den gemeinsamen Boden des Vaterlandes stellen. Beide werden bestrebt sein, die Größe und Macht Preußens über das Sonderinteresse ihrer Partei zu stellen. Aus den dem preußischen Elemente neu hinzutretenden Landestheilen werden patriotische Männer, welche die Bitterkeit unserer bisherigen Verfassungskämpfe nicht mit durchgekämpft haben, neu hinzutreten und auch ihre Kräfte dem gemeinsamen Ziele widmen. So bereitet sich vielversprechend der Prozeß einer neuen Parteibildung vor.

In der Antwort, welche Se. Majestät der König am 25. August auf die Adresse des Abgeordnetenhauses ertheilt, sagte Allerhöchstderselbe auch: „Wie erfreulich und erhebend es ist, daß gerade Preußen und Er von der göttlichen Gnade dazu ausersehen gewesen sei, ein Werk zu vollenden, welches so Viele — auch sein nun in Gott ruhender Königlicher Bruder erstrebt, denen es aber nicht vergönnt gewesen

sei, die Verwirklichung ihres Strebens zu erleben!" Wenn wir und Viele mit uns, ergriffen sind von der Pietät, mit welcher König Wilhelm in einem Augenblicke, wo ihn nur Jubel, Erfolge, Dank und Zuversicht auf eine glänzende Zukunft umgeben, seines unter schweren Prüfungen heimgegangenen Königlichen Bruders gedenkt, so mahnen uns diese Worte aber auch, des Dankes nicht zu vergessen, dem die preußische Nation demjenigen ihrer Fürsten schuldig ist, der vom ersten Augenblicke seines Regierungs-Antritts an die neue Zeit einleitete, aus welcher die gegenwärtigen Erfolge überhaupt hervorgehen konnten, ja hervorgehen mußten, wenn das Jahr 1848 nicht gewaltsam und lähmend jede regelmäßige und folgerechte Entwickelung gehämmt hätte! König Wilhelm weist uns selbst auf diese Dankespflicht hin, und wahrlich, sie sollte bei jedem ehrlichen Freunde unseres preußischen Vaterlandes unvergessen sein! Wie hat Friedrich Wilhelm IV. gerungen und sich gemüht, sogar den Besseren und Verständigsten seiner Zeit begreiflich, oder vielmehr annehmbar zu machen, daß Preußen größere Ziele zu verfolgen habe, als vor der Hand ein constitutioneller Staat nach damals landläufiger, in Frankreich eben gescheiterter Schablone zu werden, daß Preußen nicht allein in seiner Erbberechtigung das Reichsschwert Deutschlands führe, sondern es auch in voller Wirklichkeit tragen und schwingen müsse, — daß eine Einigung der deutschen Fürsten auf einer andern als gleichberechtigter Abstimmungs-Basis, — auf einer Basis realer Machtverhältnisse zu erfolgen habe.

72 Oesterreicher kommen auf einen Preußen! — wenigstens gilt dies Verhältniß in der Gefangenschaft, denn bei dem jetzigen Ausweis der Gefangenen kommen 36,000 Oesterreicher auf etwa 500 Preußen.

Die Anzeichen mehren sich, daß die Regierung entschlossen scheint, die Hartnäckigkeit des Großherzogs von Hessen auf sich beruhen zu lassen und Oberhessen zu annectiren. Nach Berichten aus Frankfurt wäre die Annexion desselben sogar schon beschlossene Sache. Was mit Meiningen geschehen wird, ist noch ungewiß, doch würde keine Macht auch nur einen Rekruten marschiren lassen, wenn Preußen sich auch dieses Ländchen einverleibte. Sachsen scheint wirklich auf neue Verwicklungen zu spekuliren; es werden uns darüber aus Paris Andeutungen gemacht, welche es keineswegs unmöglich erscheinen lassen, daß Frankreich offen für König Johann Partei nimmt. (??)

Rußland.

Petersburg. Das „Journal de St. Petersbourg" äußert sich offiziös über Rußlands Stellung zu den gegenwärtigen deutschen Angelegenheiten und über die Mission des General-Lieutenants v. Manteuffel. Die kaiserliche Regierung hat den neutralen Höfen vorgeschlagen, eine Betheiligung Europas zu verlangen bei der Prüfung der territorialen und politischen Veränderungen, welche das auf gemeinsam unterzeichnete Verträge gegründete europäische Gleichgewicht erleidet. Dieser Vorschlag ist von den andern Cabinetten nicht unterstützt worden. — Da das Prinzip der europäischen Solidarität somit für jetzt verlassen worden ist von denselben Mächten, in deren Uebereinstimmung diese Solidarität wesentlich enthalten ist, so hat die kaiserlich russische Regierung sich ihres Urtheils enthalten. Rußlands Rechte als europäische Großmacht bleiben vorbehalten; Rußlands Aktion ist frei. Rußlands nationale Interessen werden seine einzige Richtschnur bilden.

Von der polnischen Grenze. Aus unterrichteter Quelle wird mitgetheilt, daß das Central-Comitee der demokratischen polnischen Emigration eine Petition an den Kaiser Napoleon beschlossen haben, worin er gebeten wird, die polnische Sache unter seinen besonderen Schutz zu nehmen und sie auf die Tagesordnung des nach der Meinung der Petenten in Aussicht stehenden europäischen Congresses zu bringen.

Lokales und Provinzielles.

Inowraclaw. Wann endlich wird man aufhören, städtisches Vieh die Friedrichsstraße entlang (6 Mal täglich) auf die Weide zu treiben? Giebt es etwa nicht andere Nebenstraßen?

— [7. Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 4. September.] Anwesend: 10 Mitglieder; am Magistratstische: Herr Bürger Neubert. Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wird über den ersten Gegenstand, betreffend ein Promemoria des Magistrats behufs Beschlußfassung, in welcher Weise den siegreich heimkehrenden Truppen ein feierlicher Empfang zu bereiten sein wird, berathen und beschließt die Versammlung eine Commission, bestehend aus den Herren: Regier.-Ass. Borchert, Kurtzig, Ekowski, Jablonski, Wallersbrunn, Kempke, Poplawski, Weike, Klempnerm. Schmidt, Brumme, v. Schkopp und Stolz zu wählen, welche in Verbindung mit dem Magistrat das Empfangs-Programm entwerfen soll und bewilligt zur Deckung der Kosten die Summe von 300 Thlrn. aus städtischen Mitteln.

Der zweite Gegenstand, betreffend den Antrag des Gastwirth Kadow wegen Verlängerung der Pacht der an der Montwy belegenen Wiese Nr. 1 auf die Zeit vom 1. Januar 1866 bis dahin 1873 für einen jährlichen Zins von 3 Thlr. 20 Sgr. wird genehmigt.

Der dritte Gegenstand, betreffend das Gesuch der Polizeikommissarius Framski, wegen Belassung des Gehalts pr. Monat September wird genehmigt.

Ueber den vierten Gegenstand beschließt die Versammlung gegen den Landarmenfonds auf Erstattung der Kosten für die Kur des Martin Hinz in Höhe von 9 Thlr. 20 Sgr. zu klagen.

— Privatnachrichten zufolge trifft das hier in Garnison gewesene Bataillon am Mittwoch, den 12. d. M. wieder ein.

— Die Erneuerung der Loose 3. Klasse muß spätestens bis zum Freitag den 7. d. M. Abends 6 Uhr, gegen Vorzeigung der Loose 2. Klasse geschehen.

— Es dürfte gerade jetzt die Erinnerung an der Zeit sein, daß alle Eingaben Behufs der Erlangung von Invaliden-Benefizien Seitens ehemaliger Soldaten zunächst an das Landwehr-Bataillon, in dessen Bezirke der betr. Invalide wohnt, gerichtet werden sollen, und dann erst der geregelte Instanzenzug für den Fall, daß der Bescheid nicht zufriedenstellend ist, eingeschlagen werden kann. Da nun öfters Schullehrer mit Abfassung der Eingaben von den Invaliden beauftragt werden, so sind die Schullehrer durch die Regierungen auf Anweisung des Unterrichtsministers, mit der erforderlichen Belehrung versehen worden, damit den Invaliden kein unnützer Aufenthalt und keine Weiterungen entstehen.

+ **Strzelno,** 3. September. Gestern beging das Schlächtermeister Karst'sche Ehepaar die seltene Feier der goldenen Hochzeit. Da das Bevorstehen derselben nur wenige Tage zuvor kund wurde, so beschränkte sich die Festlichkeit, nachdem die kirchliche Einsegnung stattgefunden und die Stadtverordneten Namens der Bürgerschaft das würdige Jubelpaar beglückwünscht hatten, auf ein gemüthliches Beisammensein. Herzliche Theilnahme bethätigte sich von allen Seiten und das überraschte Paar schwamm, wie natürlich, in Thränen. Beide Gatten erfreuen sich einer seltenen Rüstigkeit und gehen ihrer gewerblichen Thätigkeit nach.

Bromberg, 3. September. Von den Oesterreichern, welche im hiesigen Garnison-Lazarethe lagen, ist der größte Theil heut nach dem Süden und zwar nach Oderberg geschafft worden. Sie werden von dort aus in die Heimath entlassen werden. Jubelnd, mit Hochs und Hurrahs verließen sie unsern Ort. Freude blitzte aus allen Augen, nur die zurückgebliebenen Cameraden, welche sich noch nicht im transportablen Zustande befanden, sahen trauernd den scheidenden Genossen nach. Es mag ihnen, wie dem kranken Zugvogel zu Muthe gewesen sein, welcher den forteilenden Genossen mit sehnsüchtigen Blicken folgt.

Königsberg, 30. August. Die erste telegraphische Depesche mittelst des transatlantischen Kabels ist hier vorgestern Vormittag angelangt, nachdem sie den Weg von Amerika über den Ocean bis nach Königsberg in ca. 14 Stunden zurückgelegt hatte. Die Depesche war — wie wir hören — an Herrn O. Petzke gerichtet, der auch auf gleichem Wege geantwortet haben soll. Die Kosten eines Telegramms von 100 Buchstaben betragen von hier aus bis Amerika 140 Thlr., und dafür wird noch nicht einmal die Gewähr übernommen, daß die Depesche überhaupt oder richtig an ihre Adresse gelangt, sondern der Absender muß im Gegentheil einen Revers unterschreiben, daß er eine solche Gewährleistung nicht beansprucht.

Das Frauen-Comitee zu Inowraclaw hat bei seinen Sammlungen zur Pflege für Verwundete an baarem Gelde eingenommen 337 Thlr. 25 Sgr.; außer den vielen Gaben an Leinenzeug und Charpie; wofür wir hiermit den Gebern unsern freundlichsten und herzlichsten Dank sagen.

Von dem Gelde haben wir verwandt: An Se. Königl. Hoheit den Kronprinzen zur Gründung eines Invalidenhauses 150 Thaler 1 goldenes Armband und zwei Nadeln. An Naturalien, Porto, Verpackmittel und Insertions-Gebühr der Bromberger Zeitung 60 Thlr. 25 Sgr. An 4 arme Landwehrfrauen und einen Verwundeten 17 Thlr. Bleibt 110 Thlr. über deren Verwendung wir seiner Zeit berichten werden.

Beiträge

für unsere verwundeten Krieger eingegangen beim Local-Hülfs-Verein zu Strzelno.

Fortsetzung. Fritz Karst, 20 Sgr. Tatera in Gr. Jezory, 15 Sgr. Gesammelt durch den Lehrer Koscianski in Chrosno, 3 Thlr. 15 Sgr. 8 Pf. Domainen-Rath Jamrowski, 2 Thlr. Maurermeister Stammer, 2 Thlr. Gesammelt bei der Grundsteinlegung zum Thurm an der evangelischen Kirche, 3 Thlr. 4 Sgr. 6 Pf. Gottl. Dehnke, 15 Sgr. Abr. Seelig, 20 Sgr. Postvorsteher Erdmann, 2 Thlr. Oberamtmann Wahnschaffe, 5 Thlr. A. Malachowski, 4 Thlr. Hoffmann, Apotheker, 3 Thlr. Tamm, Kämmerer, 3 Thlr. J. Witkowski, 5 Thlr. C. Rohr, 1 Thlr. Vogt, Steuer-Einnehmer, 1 Thlr. J. Kuttner, 1 Thlr. J. Kayser, 3 Thlr. Lehrer Lewek, 15 Sgr. Lehrer Spude, 15 Sgr. Krisch, Fleischer, 10 Sgr. Jacob Fabisch, 10 Sgr. Biernacki, Briefträger, 5 Sgr. Prüfert, Postbote, 5 Sgr. Schröder, Conditor, 5 Sgr. Szczeszlewicz, Bürger, 5 Sgr. Baßfreund 10 Sgr. M. Lesser, 10 Sgr. Fr. Markus, 5 Sgr. Fr. Hirschfeld, 5 Sgr. Frl. Wittenberg, 5 Sgr. Stefanski, Kontroleur, 5 Sgr. J. Zinser, 5 Sgr. Zadek Lewin, 1 Thlr. S. Mank, 15 Sgr. W. Gembicki, 1 Thlr. J. Zadek Salomon, 1 Thlr. C. Tamm, 1 Thlr. L. Levin, Schneider, 5 Sgr. Jakob Abraham, 15 Sgr. Dr. Ebers, 1 Thlr. Auberli, 15 Sgr. J. Chapp, 10 Sgr. S. Löwinsohn, 1 Thlr. Aus den Sammelbüchsen, 1 Thlr. 10 Sgr.

An Verbandzeug.

A. Malachowski, 1 Paket Wäsche. Fritz Karst, 1 Paket Wäsche. Tatera in Gr. Jezory, 1 Paket Charpie. Gemeinde Neudorff 1 Paket Wäsche.

Summa der bis jetzt an den Hülfs-Verein zu Berlin für die Armee im Felde abgesandten Beträge incl. der 25 Thlr. von der Ressourcen-Gesellschaft 249 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf nebst 10 Colli Lazareth-Gegenstände.

J. Goldstandt, Rendant des Vereins.

Anzeigen.

Handelsbericht.

Inowraclaw, den 3. September.

Man notirt für

Frischer Weizen 123—127pf. bunt 59—61 Thlr., 127—130pf. hellbunt 61—63 Thlr. alles p. 85 Pfund. feine schwere Sorten über Notiz.

Frischer Roggen: 122—125pf. 38 bis 39 Thl.

Erbsen: Futter 37—42 Thl. bessere Qualität 46 Thl.

Gerste: gr 33—35 Thl., helle schwere 38 Thl.

Hafer 24 Thl. pr. 1200 Pfd.

Kartoffeln 1 Sgr. die Metze.

Bromberg 3 September.

Weizen: alter ganz gesunder 60—66 Thl. feinste Qualität 1 — 2 Thl. über Notiz, weniger ausgewachsener 123—127pf. 48—54 Thl. stark ausgewachsener 40—45 Thl.

Weizen, frischer 124—128pf. holl. 60—64 Thlr. 129 — 130pf. holl. 65—68 Thlr.

Roggen 122—125pf. holl. 41—42 Thl.,

Erbsen Futter 38—40 Thl. Kocherbsen 46—48 Thlr.

Gr.-Gerste 38—40 Thl. feinste Qualität 1—2 Thlr. über Notiz.

Hafer 25 30 Sgr. pro Scheffel

Rübsen und Raps ohne Zufuhr.

Spiritus 15½ Thlr.

Thorn. Agio des russisch-polnischen Geldes. Polnisch Papier 133⅓ pCt. Russisch Papier 133½ pCt. Klein-Courant 120—25 pCt. Groß Courant 11—12 pCt.

Berlin, 3 September.

Roggen besser loco 45¾ bez.
Sept.-Okt. 45¾ bez Nov.-Dez. 45⅙ bez. Frühjahr 44⅞ bez.

Spiritus loco 14⅔ Sept.-Okt. 14⅔ April-Mai 14⅞

Rüböl Sept.-Okt. 12⅙ April-Mai 12⅙

Posener neue 4% Pfandbriefe 90¼

Amerik. 6% Anleihe v. 1882 77¼ bez.

Russische Banknoten 74⅛ bez.

Staatsschuldscheine 85 bez.

Danzig, 3 September.

Weizen. Stimmung: lebhaft — Umsatz 60 Lasten.

Druck und Verlag von Hermann Engel in Inowraclaw.